E 011 DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland
Lfd.-Nr. 1092

Die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten – Einnahmen statt Sparzwang steigern

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme in geänderter Fassung

Deutschland im Jahr 2030: In den Schulen bröckelt der Putz von den verschimmelten Wänden. In den Krankenhäusern fehlt das Personal, auch Erzieherinnen und Erzieher gibt es kaum noch, weil dieser Beruf zu schlecht bezahlt ist. Sportanlagen, Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater wurden geschlossen.
Nachdem Bus- und Bahnlinien gestrichen wurden, sind junge Familien vor allem in die Städte abgewandert. Die Nahversorgung der überwiegend älteren Bevölkerung stellt die Gemeinden vor hohe Herausforderungen. Fachkräfte sind aufgrund des „unattraktiven Lebensumfeldes" kaum noch für die Standorte Rheinland-Pfalz und Saarland zu begeistern. Aufgrund maroder Infrastruktur bleiben Neuansiedelungen von Unternehmen weitgehend aus. Sorgen bereitet auch die innere Sicherheit. Nach Schließung mehrerer Polizeidienststellen dauert es oft sehr lange, bis die Einsatzkräfte bei Notfällen vor Ort sind. Studierende beklagen die mangelhafte Ausstattung ihrer Universitäten. An vielen Instituten kommen auf einen Professor mehrere hundert Studierende.

Ein Horrorszenario, das so nicht eintreten muss und hoffentlich nie eintreten wird.

Wir möchten einen handlungsfähigen und aktiven Staat. Dazu gehört, die Einnahmeseite zu verbessern. Deshalb fordern wir:

- die Anhebung des Spitzensteuersatzes
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- eine Reform der Erbschaftssteuer

In Zeiten des Spardiktats ist der Staat seiner Handlungsfähigkeit beraubt.

Die ökonomische Krise seit 2008 ist überall gegenwärtig und bildet einen bedeutenden Einschnitt. Die Ursache der Krise ging von Amerika aus, als die geplatzte Immobilienblase auch eine Kredit- und schließlich eine Bankenkrise verursachte, die nach Europa und die ganze restliche Welt überschwappte.

Deutschland hat in der Krise klassisch antizyklisch reagiert. Über flexible Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit wurden die

Menschen in Beschäftigung und der Konsum hoch gehalten. Langfristige Investitionsprogramme wurden über die Kommunen und kurzfristige Nachfrage durch die Abwrackprämie generiert.
So konnte Deutschland sein Produktionspotential aufrechterhalten. Der Einbruch der Wirtschaft wurde deutlich abgeschwächt, und wir kamen mit der Konjunkturerholung am besten aus der Krise. Die wirtschaftspolitische Stärke Deutschlands beruhte auf den staatlichen Interventionsmöglichkeiten.

~~Genau diese erfolgreiche Krisenintervention wird über den Umweg europäischer Austeritätspolitik auf Deutschland zurückgeworfen.~~ **Der Erfolg dieser Krisenintervention wird durch die europäische Austeritätspolitik gefährdet.**

Auf nationaler Ebene spiegelt sich das an der Austrocknung der Finanzkraft der öffentlichen Hand. Die Kürzungsmaßnahmen der letzten Jahre haben die Qualität von Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Bildung, sozialer Absicherung deutlich verschlechtert und gehen massiv zu Lasten künftiger Generationen.

Hinzu kommt, dass seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts Steuersenkungen an der Tagesordnung waren. Ob die Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 42 Prozent oder die Abschaffung der Vermögenssteuer: Damit wird auf Einnahmen aus einkommensbezogenen Steuern von sehr reichen Privatpersonen und Unternehmen regelmäßig verzichtet.

Verschlimmert wird die Situation der öffentlichen Haushalte durch die starren Sparvorgaben der Schuldenbremse. Diese ist seit 2009 im Grundgesetz verankert und sieht vor, das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt bis zum Jahr 2016 auf höchstens noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Die Länder haben sich dazu verpflichtet, spätestens ab dem Jahr 2020 unter normalen Umständen keine neuen Kredite mehr aufzunehmen.

Um Missverständnisse zu vermeiden und es klar zu sagen: Wir sind für ein verantwortungsbewusstes Schuldenmanagement. Der Staat und die Länder müssen darauf achten, dass er den nachfolgenden Generationen keine Lasten hinterlässt, die diese nicht mehr tragen können. In wirtschaftlich guten Zeiten brauchen wir deshalb ausgeglichene Haushalte. Allerdings

wurden die Länder vom Bund mit der Schuldenbremse in ein viel zu enges Korsett gepresst.

Die Schuldenbremse ist kein Instrument einer klugen Politik. Sie bedeutet, dass die Länder sich in große Abhängigkeit begeben haben. Weil die Länder so gut wie keine Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen ohne Unterstützung des Bundes zu verbessern, bleibt ihnen nur eine Stellschraube, um das Ziel ausgeglichener Haushalt zu erreichen: Ausgabenkürzungen.

Hinzu kommt, dass die Länder ihren Spardruck weiter an die Kommunen geben.
Die Folgen all dieser Spardiktate sind: Der Staat bis hin zu seinen Kommunen ist seiner Handlungsfähigkeit beraubt. Leistungs- und Sozialabbau sind die Folge.

Konsequenzen des Spardiktats: Leistungs- und Sozialabbau

Die Konsequenzen spüren wir bereits jetzt.
Besonders prekär ist die Situation in den Kommunen. Vieles, was uns lieb ist, ist tatsächlich teuer und gehört zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Und genau die werden gestrichen, wenn die Kommunen zum Sparen gezwungen werden: Zuschüsse für Vereine, Unterhalt von Sportanlagen, Schwimmbäder, Theater und Museen, Jugendzentren, Sozialstationen und vieles mehr gehört dazu.

Besonders schlimm ist, dass rund 50 Prozent der kommunalen Schulden so genannte Kassenkredite sind. Ein hoher Anteil an Kassenkrediten ist immer ein Signal dafür, dass eine Kommune strukturell unterfinanziert ist.

Die Alternative: Einnahmen zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Staates

Um Lösungswege aufzuzeigen hat der DGB Bezirk Rheinland-Pfalz/Saarland eine Studie in Auftrag gegeben. Darin zeigt sich, dass Rheinland-Pfalz – wie auch andere Länder – kein Ausgaben- sondern vor allem ein Einnahmenproblem hat. Um dieses zu beheben, aber auch um der erheblichen Einkommens- und Vermögensungleichheit zu begegnen, sind Steuererhöhungen insbesondere bei hohen Einkommen und Vermögen angezeigt. Ohne prophezeien zu müssen, würde eine analoge Studie dies für die gesamte Bundesrepublik zeigen.

Denkbare Maßnahmen wären eine Erhöhung der Einkommenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftssteuer, sowie eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Auch ein stringenterer Steuervollzug wäre kein Luxus, wie die Steuermehreinnahmen nach Ankauf von CDs aus Schweizer Banken leider eindrucksvoll belegen: Steuerbetrug verursacht in Deutschland jährlich einen Schaden von 30 Milliarden Euro – vorsichtig geschätzt. Mit einer Kombination dieser Maßnahmen ließe sich ein nennenswertes Mehraufkommen generieren.

Anhebung des Spitzensteuersatzes

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes birgt bundesweit ein Potential von jährlich bis zu 4,8 Mrd. Euro Mehreinnahmen. 1,9 Mrd. Euro würden davon auf die Bundesländer entfallen. Dieses Modell einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde nur die 5-10 % am besten Verdienenden in Deutschland treffen.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer nach einem Konzept der rot-grünen Bundesländer, wonach die Vermögen von Privatpersonen und Kapitalgesellschaften mit einem Prozent belastet würden und gleichzeitig ein persönlicher Freibetrag von zwei Millionen Euro gelten solle, ergibt sich für die Gebietskörperschaften bundesweit ein Potential von 11,6 Mrd. Euro. Mittelständische Unternehmen würden dabei nicht belastet, denn eine Vermögenssteuer nach dem dargestellten Modell würde nur etwa 5 % der ca. 3 000 000 Unternehmen in Deutschland betreffen.

Reform der Erbschaftssteuer

Eine Reform der Erbschaftssteuer birgt ein Potential von 183 Mio. Euro für das Land Rheinland-Pfalz und weiteren 15 Mio. für seine Kommunen. Bei diesen Berechnungen unterstellt das IMK eine Verdopplung des Aufkommens, wie es von einzelnen Parteien während des Bundestagswahlkampfes gefordert wurde.
Es ist damit auszuschließen, dass „Omas Häuschen" durch eine solche Reform belastet würde.

Insgesamt bieten diese Reformen beispielhaft für Rheinland-Pfalz potentielle, jährliche Mehreinnahmen von 893 Mio. Euro. Für das Saarland ließen sich genauso jährlich Mehreinnahmen von 199 Mio. Euro generieren, für andere Länder gelte dies analog. Diese Potentiale der drei vorgestellten Maßnahmen dürfen nicht ungenutzt bleiben. Nur so kann unser Gemeinwe-

sen weiterhin nachhaltig solidarisch finanziert werden, und es besteht zumindest eine Chance die blindlings eingeführte Schuldenbremse einhalten zu können.

Stringenterer Steuervollzug

Steuerbetrug verursacht in Deutschland jährlich einen Schaden von 30 Milliarden Euro – vorsichtig geschätzt. Steuerhinterziehung ist ein Straftatbestand, vergleichbar mit Diebstahl. Gegen Diebe wird das Strafrecht angewendet, aber für Steuerhinterzieher gibt es Ausnahmen. Es ist überfällig, dies zu ändern!

Zur Bekämpfung des Steuerbetrugs braucht es mehr Steuerfahnder. Die Steuerfahndung im Saarland soll personell deutlich verstärkt werden. Geplant ist die Quote für die Personalausstattung im Vergleich zu einem bundesweit errechneten Bedarf von derzeit 61 auf 83 Prozent Mitte 2014 zu erhöhen.

Zudem muss die Straffreiheit bei Selbstanzeigen eingeschränkt und die grenzüberschreitende Fahndung verbessert werden. Straflose Selbstanzeige ist Beihilfe zur Steuerhinterziehung!

Die Schuldenbremse hätte ohne gleichzeitige Verbesserung der Einnahmesituation nicht verabschiedet werden dürfen. Wenn wir von einem handlungsfähigen und aktiven Staat leben, müssen wir auch über Geld reden.